

Auer Tageblatt

Verlegungen nehmen die Anzeiger, und für Anzeiger die Poststellen entgegen. — Erscheint wöchentlich. Fernsprech-Anschluß Nr. 33.

Anzeiger für das Erzgebirge

Verlegungsstelle für Anzeiger aus Aue und Umgebung 25 Pfennige, auswärts 30 Pfennige, Anzeigerstellen 25 Pfennige, auswärts 30 Pfennige, monatliche Beiträge 1 Mark, 3 Monate 3 Mark, 6 Monate 6 Mark, 1 Jahr 12 Mark.

Telegramme: Tagesblatt Auergebirge Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. Postfach-Konto: Amt Leipzig Nr. 1998

Nr. 258

Dienstag, den 5. November 1929

24. Jahrgang

„Weh uns, wir haben gesiegt!“

Was nun?

„Weh uns, wir haben gesiegt!“ Das ist das herrschende, wenn auch sorgfältig verborene Gefühl in den Kreisen um Eugenbergs, deren Presse am Tage nach Schluß des Volksbegehrens zu einem großen Teil ihre Leitartikel schon auf die Tatsache der Niederlage abgestellt hatte. Es ist in Wahrheit ein Sieg, aber den sich keiner der Sieger freuen kann. Mit Hängen und Würgen hat man das Ziel erreicht und sieht sich nun in die Notwendigkeit versetzt, einen Kampf weiter zu führen, der der Partei schon mehr Blut gekostet hat, als sie selbst zu klammerlichem Dahinvegetieren erziehen kann. Es ist noch fraglich, ob sich die Leute um Hitler über den Sieg freuen werden, denn nach dem man von der Niederlage schon fest überzeugt war, hatte man bereits mit der innerparteilichen Revolte gegen Eugenbergs begonnen, ein enormer Vorrat an peinlich-schmutziger Wäsche flatterte bereits in allen Winden, wobei die Affäre mit dem Kronprinzen Rudolph die Gipfelleistung darstellte, gegen die selbst die Volksbegehrenstreue „Auezeitung“ sehr deutlich und entschieden Front machte — und jetzt sieht man sich wieder erwarten vor der Notwendigkeit, weiterhin Schulter an Schulter zu kämpfen. Wahrscheinlich, eine würdige Waffenbrüderschaft!

Das Allerpeinlichste an der Geschichte ist, daß Hitler, der ja durch die Entwicklung der Dinge die Seele des Kampfes geworden ist, nicht weiter kämpfen kann, wenn er nicht weiterhin von dem insofern zu seinem Feinde gewordenen „Waffenbruder“ Eugenbergs die notwendige silberne und goldene Munition erhält. Ein Dilemma von grotesken Ausmaßen! Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß die große Mehrheit aller der Volksbegehrensfreunde, denen die fanatische Hege noch eine Spur von gesundem politischen Menschenverstande gelassen hat, im Innersten tief davon überzeugt sind, daß es Wahnsinn ist, dem Unsinn des Volksbegehrens die Sinnlosigkeit des Volkswahlrechts folgen zu lassen. Glaubte man selbst schon nicht mehr daran, daß man beim Volksbegehren die notwendigen zehn Prozent der Gesamtbevölkerung zusammenbringen würde, so wird selbst der geschickteste Dialektiker im Eugenbergschen Lager keinen Menschen davon überzeugen können, daß es auch nur im Entferntesten möglich sein würde, für den Volkswahlrecht das Häuflein der so mühselig erzielten Zahl zusammenzubringen. Es ist ja außerdem noch zu bedenken, daß im Gegensatz zum Volksbegehren beim Volkswahlrecht die Abstimmung geheim bleibt. Bisher kennt man nur eine ganz kleine Minderzahl von den Fällen, wo in ländlichen Bezirken die Wähler zur Eintragung zum Volksbegehren kommandiert wurden und sich kommandieren ließen, weil sie ganz genau wußten, daß mit den Terrorandrohungen der Herren Gutsbesitzer usw. nicht zu spaßen ist. Das trifft nicht nur für die zahllosen kleinen Gutsbesitzer zu, wo der Gutsherr sozusagen das ganze Gefinde jeden Augenblick und an Hand der Listen mühelos kontrollieren kann, es trifft ebenso gut auf die vielen kleinen Landstädchen zu, wo Gebatter Schneider und Handschuhmacher, Kolonialwarenhandler und Zigarrenhändler fast in dem gleichen Maße den Hochtorterror der „Spitzen der Gesellschaft“ zu fürchten haben. Wir wollen nicht so lässig sein, an die würdigste Ordnung dieser politischen Tragödie zu denken, daß nämlich infolge des geheimen Stimmverfahrens beim Volkswahlrecht dank der eben angedeuteten Sachlage etwa gar weniger Stimmen, als beim Volksbegehren zusammenkommen könnten, obwohl diese Möglichkeit nicht völlig von der Hand zu weisen wäre.

Auf jeden Fall wäre es gut, wenn Regierung und Behörden die Drahtzieher der Komödie, wenn sie es absolut wollen, mit verfahrenen Armen in ihr Verderben laufen lassen und nur da rücksichtslos und mit allen gesetzmäßigen Mitteln einschreiten, wo Verstöße gegen das Gesetz sichtbar werden. Aktionen der Regierung würden neue Gegenaktionen zeitigen und Gelegenheit zu erneuter Propaganda geben. Man mache den Gegnern diese Freude nicht. Daß die Beamten, die sich durch Eintragung in die Listen des Volksbegehrens als Feinde derer entlarvt haben, denen sie den Dienst eid geschworen haben, zur Verantwortung gezogen werden sollen, kann nicht bestritten werden. Man vermeide es aber, Märtyrer zu machen. Man würde dadurch auch eine Entspannung der Atmosphäre erreichen können, die der Deutschnationalen Volkspartei, die ja längst nicht mehr mit Eugenbergs zu identifizieren ist, die Rückkehr zur Vernunft ermöglichen könnte. Eine lässige Hoffnung, aber immerhin eine Hoffnung. Die ungeheuren Kosten, die Eugenbergs für die Propaganda zum Volksbegehren hat aufbringen müssen und die nur ein so klammerliches Ergebnis brachten, werden ihn

Das neue französische Kabinett

Tardieu Ministerpräsident, Briand Außenminister

Andre Tardieu hat am Sonnabendabend ein Kabinett endgültig gebildet. Die Ministerliste lautet folgendermaßen:

Ministerpräsident: Andre Tardieu;
Unterstaatssekretär im Ministerpräsidentium: Heraud;
Unterstaatssekretär im Innenministerium: Renee Manaut;
Justizministerium: Senator Lucien Hubert;
Finanzministerium: Senator Cheron;
Unterstaatssekretär im Finanzministerium: Champey de Ribes;
Auswärtige Angelegenheiten: Briand;
Kriegsministerium: Maginot;
Marine: Georges Legues;
Landwirtschaft: Hennessy;
Unterstaatssekretär im Landwirtschaftsministerium: Robert Serot;
Öffentliche Arbeiten: Pernet;
Unterstaatssekretär für öffentliche Arbeiten: Mallarmee;
Handel: Pierre Etienne Flandin;
Suffraganministerium: Laurent-Eynac;
Kolonen: Pietri;
Unterstaatssekretär im Kolonialministerium: Alcide Delmonte;
Arbeitsminister: Boucheur;
Unterstaatssekretär im Arbeitsministerium für Hygiene: Oberkirch;
Unterricht: Senator Pierre Marraud;
Unterstaatssekretär für körperliche Erziehung: Henry Batee;

Unterstaatssekretär für schöne Künste: Francois Boncet;
Unterstaatssekretär für technischen Unterricht: Varetz;
Pensionsministerium: Senator Gallet;
Ministerium für Post, Telephon- und Telegraphenwesen: Germain Martin;
Ministerium für Handelsmarine: Rollin.

Das Ministerium Tardieu ist zahlenmäßig das stärkste das die dritte Republik je gekannt hat. Es besteht aus 16 Ministern und 12 Unterstaatssekretären. Bei der Beurteilung der Zusammensetzung ist vor allen Dingen zu beachten, daß zwar die Minister Hubert, Marraud und Gallet bei der Radikal-Republikanischen Linken, also der Radikalen Senatsfraktion, eingeschrieben sind, aber nicht bei der Radikalen Partei. Der vierte Senator, der Minister ist, Senator Cheron, gehört zur Republikanischen Vereinigung. Im übrigen setzt sich die Gruppierung nach Parteien wie folgt zusammen: Acht Linkerepublikaner, nämlich Tardieu, Legues, Flandin, Pietri, Rollin, Varetz, Heraud und Boucheur; sechs Mitglieder der Radikalen Linken, nämlich Boucheur, Laurent-Eynac, Germain Martin, Mallarmee, Manaut und Deligne; zwei Sozial-Republikaner, nämlich Briand und Hennessy; zwei Mitglieder der Demokratisch-Sozialen Aktion, nämlich Maginot und Francois Boncet; drei Mitglieder der Republikanisch-Demokratischen Vereinigung (Marin-Gruppe), nämlich Oberkirch, Pernet und Serot; zwei Mitglieder der Unabhängigen Linken, nämlich Delmonte und Henry Batee, ein katholischer Demokrat, nämlich Champey de Ribes.

vielleicht selbst schon nachdenklich gemacht haben. Die Republik kann es sich leisten, denen, die im Rausch der Phrasen über die Grenzen der politischen Vernunft hinausgetaumelt sind, goldene Brücken zum Rückzug zu bauen.

Bacha i Sakao auf Befehl Nadir Khans erschossen

Nach einer bisher allerdings nicht amtlich bestätigten Meldung aus Kabul soll Bacha i Sakao, der als Habib Allah den Thron Afghanistans dem König Aman Allah entriß, samt 11 seiner Anhänger auf Befehl von Nadir Khan erschossen worden sein.

Aufhebung von Eugenbergs Immunität?

Die Strafsenke wegen verleumdender Beleidigung, die Reichsinnenminister Seegering gegen Eugenbergs erstattet hat, weil Eugenbergs den bei der Stimmzählung des Volksbegehrens beteiligten Beamten den Vorwurf der Wahlfälschung gemacht hat, ist bei der Generalstaatsanwaltschaft Berlin I eingegangen. Generalstaatsanwalt Wilde wird am Montag dem preussischen Justizministerium über die Angelegenheit Bericht erstatten. Er will laut „Montagspost“ den Antrag stellen, daß sich das preussische Justizministerium für die Aufhebung der Immunität des Reichstagsabgeordneten Eugenbergs einsetzt.

Landung eines polnischen Militärflugzeuges auf deutschem Gebiet

Am Sonnabend nachmittag gegen 2 1/2 Uhr landete bei der Stadt Bomst an der polnischen Grenze auf deutschem Gebiet ein polnisches Militärflugzeug. Der Pilot, ein Fluglehrer der polnischen Militärflugschule, gab an, er habe wegen Benzinmangels notlanden müssen. Er behauptete ferner, auf dem Rückfluge von Polen nach Bromberg gewesen zu sein. Bis zur Klärung der Angelegenheit wird das Flugzeug beschlagnahmt.

Ermäßigung des Reichsbankdiskontes

Die Reichsbank hat den Wechseldiskont um 1/2 Prozent von 7 1/2 auf 7 Prozent und den Lombardzinsfuß von 8 1/2 auf 8 Prozent ermäßigt.

In der Zentralauskunftung der Reichsbank am Sonnabend begründete der Vorsitzende, Reichsbankpräsident Dr. Schacht, die Diskontsenkung von 7 1/2 auf 7 Prozent wie folgt:

„Die Herabsetzung, die im Frühjahr im Zusammenhang mit dem Verlauf der Pariser Verhandlungen in Deutschland entstanden und durch das Verhalten gewisser ausländischer Kreise noch verschärft worden war, hatte damals zu einer starken Verminderung des Gold- und Devisenbestandes der Reichsbank geführt. Die

Bank hatte sich daher veranlaßt gesehen, trotz vermindelter Aktivität der Wirtschaft ihren Diskont- und Lombardzins am 25. April um ein Prozent zu erhöhen und außerdem im Kreditgeschäft starke Einschränkungen eintreten zu lassen. In der Zwischenzeit haben sich die Verhältnisse des Marktes und der Reichsbank grundlegend geändert. Es war der Bank möglich, ihren Gold- und Devisenbestand wieder aufzufüllen; er betrug am 31. Oktober 1929 2588 Mill. RM gegenüber 1991 Mill. RM am 30. April 1929 und 2696 Mill. RM am 31. Oktober 1928. Die Inanspruchnahme der Reichsbank im Kreditgeschäft ist zurückgegangen; der Bestand an Inlandswechseln senkte sich von 2734 Mill. RM am 30. April auf 2119 Mill. RM am 31. Oktober d. J. Sowohl der Umlauf an Noten- und Rentenbankscheinen als auch der gesamte Zahlungsmittelumlauf bewegen sich etwa in Vorjahreshöhe. Die Deckung der umlaufenden Reichsbanknoten durch Gold und deckungsfähige Devisen verbesserte sich von 43 Prozent am 30. April 1929 auf 53,6 Prozent am 31. Oktober 1929.

Vom Standpunkt des Status der Reichsbank bestehen daher keine Bedenken, der nach wie vor schwer kämpfenden Wirtschaft durch eine Senkung des Diskontsatzes entgegenzukommen. Daß dieser Schritt nicht eher getan werden konnte, war in der Hauptsache in den angespannten Verhältnissen an den ausländischen Geldmärkten begründet. Da sich indessen neuerdings an den meisten Auslandsgeldplätzen mit Zinsenkungen verbundene Erleichterungen durchzusetzen beginnen, hat das Reichsbankdirektorium sich entschlossen, den Diskont- und Lombardzins der Reichsbank um 1/2 Prozent zu ermäßigen. Bei der Bemessung der Herabsetzung mußte auf die internationalen Geldmarktverhältnisse, die relative Höhe der Sätze des Berliner offenen Marktes und die zum Jahresflusse zu erwartenden Mehraufträge die gebotene Rücksicht genommen werden.

Unveränderter Goldfuß der Golddiskontbank

Der Diskontsatz der Deutschen Golddiskontbank ist nicht herabgesetzt, sondern unverändert auf 8 Prozent belassen worden.

Kommunikamus!

Große Unterschlagungen in der russischen Handelsvertretung Die „Montagspost“ meldet: Der Zusammenbruch der deutsch-russischen Filmgesellschaft „Derussa“ hat auf die Zusammenlegung der leitenden Stellen der russischen Handelsvertretung einen großen, unvorhergesehenen Einfluß ausgeübt. Der Leiter der Photo-Kino-Centrale, Seret, und der Leiter der sozialen Abteilung, Lewins, sind aus Berlin geküchelt. Seret sowohl wie Lewins wird vorgeworfen, aus den